

VERGABEVERFAHREN

Errichtung und Betrieb eines Gigabitnetzes

im Kreis Recklinghausen

im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitslückenförderung



**(Konzessionsvergabe als Verhandlungsverfahren mit
Teilnahmewettbewerb)**

Stand: 03.06.2026

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| 1. Konzessionsgeber | 5 |
| 2. Projektbeschreibung | 5 |
| 2.1. Einleitung | 5 |
| 2.2. Versorgungssituation/Ausbaugebiet | 6 |
| 3. Auftragsgegenstand | 8 |
| 4. Rechtliche Rahmenbedingungen | 8 |
| 5. Start des Projektes/Umsetzungszeitraum | 12 |
| 6. Vergabeverfahren | 12 |
| 6.1. Allgemeines | 12 |
| 6.1.1. Vergabeart | 12 |
| 6.1.2. Vergabeunterlagen..... | 13 |
| 6.1.3. Kommunikation und Bieterfragen während des Vergabeverfahrens | 13 |
| 6.1.4. Form der Teilnahmeanträge und Angebote | 14 |
| 6.1.5. Finanzieller Ausgleich..... | 14 |
| 6.1.6. Aufhebung des Vergabeverfahrens, § 32 KonzVgV | 14 |
| 6.2. Teilnahmewettbewerb | 14 |
| 6.3. Bietergemeinschaft..... | 15 |
| 6.4. Eignungsleihe | 15 |
| 6.5. Nachunternehmereinsatz ohne Eignungsleihe | 17 |
| 6.6. Angebots- und Verhandlungsphase..... | 17 |
| 6.6.1. Aufforderung und Abgabe von Erstangeboten..... | 17 |
| 6.6.2. Lose..... | 17 |
| 6.6.2.1. Teillose..... | 17 |
| 6.6.2.2. Angebot auf mehrere Lose | 18 |
| 6.6.2.3. Zuschlagslimitierung | 18 |
| 6.6.2.4. Kombinationsangebote | 18 |
| 6.6.3. Prüfung der Angebote /Nachforderung von Unterlagen..... | 19 |
| 6.6.4. Wertungsausschluss von Angeboten | 20 |
| 6.6.5. Verhandlungsphase | 20 |
| 6.6.6. Finale Angebote | 21 |
| 7. Rechtliche Rahmenbedingungen | 21 |

| | |
|---|----|
| 7.1. Beauftragung/Vertrag..... | 21 |
| 7.2. Beihilferechtliche Vorgaben/Offener Zugang auf Vorleistungsebene | 21 |
| 7.3. Monitoring- und Rückforderungsmechanismus..... | 22 |
| 7.4. Offener und diskriminierungsfreier Zugang | 22 |
| 7.5. Mitnutzung vorhandener Infrastrukturen | 23 |
| 7.6 Vermeidung von Doppelförderung | 25 |
| 8. Einzureichende Angaben und Nachweise mit dem Angebot..... | 26 |
| 8.1. Einzureichende Angaben und Nachweise mit dem Angebot | 26 |
| 8.2. Erläuterungen zu den einzelnen Angaben und Nachweisen | 28 |
| 8.2.1. Angaben zur Wirtschaftlichkeitslücke | 28 |
| 8.2.2 Konzept Mitnutzung | 29 |
| 8.2.3 Konzept Nachverdichtung..... | 30 |
| 8.2.4. Marketing und Vertriebskonzept | 30 |
| 8.2.5 Konzept zu alternativer Netztechnologien und alternativer Verlegemethoden | 30 |
| 8.2.6. Zeitplan und Zahlungsplan | 31 |
| 8.2.7. Angaben zum technischen Konzept..... | 32 |
| 8.2.7.1. Netzerrichtung..... | 32 |
| 8.2.7.2. Betrieb und Entstörung..... | 33 |
| 8.2.7.3. Open Access/ Zugang auf Vorleistungsebene..... | 33 |
| 8.2.7.4 Netzpläne (Grobnetzplanungen)..... | 34 |
| 8.2.7.5 Kampfmittelbeseitigung | 34 |
| 8.2.7.6 Angaben zur Zuverlässigkeit gem. § 6 Abs. 2 Gigabit-RR | 35 |
| 8.2.8. Angaben zu Endkundenprodukte..... | 35 |
| 8.2.9. Erklärung des ausgewählten Betreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen_Bund | 36 |
| 8.2.10. Erklärung des ausgewählten Betreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen_Land | 36 |
| 8.2.11. Nachunternehmereinsatz ohne Eignungsleihe..... | 36 |
| 8.2.12. Nachunternehmereinsatz mit Eignungsleihe | 36 |
| 9. Wertung der Angebote | 36 |
| 9.1. Allgemeine Aussagen zur Angebotswertung | 37 |
| 9.2. Nebenangebote | 37 |

| | |
|---|-----------|
| 9.3. Zuschlagskriterien | 37 |
| 9.4. Erläuterung Bewertungsmethoden | 38 |
| 9.4.1. Wirtschaftlichkeit des Angebots | 38 |
| 9.4.2. Konzept zur Mitnutzung..... | 38 |
| 9.4.3. Konzept Marketing..... | 39 |
| 9.4.4. Konzept zu alternativen Netztechnologien und Verlegungsmethoden | 40 |
| 10. Anlagen..... | 42 |

1. Konzessionsgeber

| | |
|--|---|
| Bezeichnung des Konzessionsgebers | Kreis Recklinghausen Kurt-Schumacher-Allee 1 45657 Recklinghausen |
| Kontaktstelle | Zentrale Vergabestelle |

2. Projektbeschreibung

2.1. Einleitung

Der Kreis Recklinghausen (im Folgenden „Konzessionsgeber“ genannt) liegt im nördlichen Ruhrgebiet im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Die Bevölkerungszahl beläuft sich auf rund 620.000 Einwohner. Der Kreis setzt sich aus den zehn mittleren und großen kreisangehörigen Städten Castrop-Rauxel, Datteln, Dorsten, Gladbeck, Haltern am See, Herten, Marl, Oer-Erkenschwick, Recklinghausen und Waltrop mit knapp 30.000 bis zu gut rund 120.000 Einwohnern zusammen.

Der Konzessionsgeber erfüllt im Rahmen der allgemeinen Daseinsvorsorge vielfältige pflichtige und freiwillige Aufgaben. Zu den etablierten freiwilligen Aufgaben gehört die Wirtschaftsförderung, die sich bisher schon auf Kreisebene im notwendigen Umfang auch mit den wirtschaftsrelevanten Fragen der Breitbandversorgung und Digitalisierung befasst.

Der Ausbau leistungsstarker Breitbandanschlüsse dient nicht nur der grundlegenden Daseinsvorsorge, sondern ist eine essenzielle Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und steigenden Wohlstand.

Ziel des Konzessionsgebers ist es dabei, jedem Haushalt und jedem Unternehmen im Projektgebiet mittelfristig einen leistungsfähigen Gigabit-Breitbandanschluss von 1 Gigabit/s symmetrisch zur Verfügung zu stellen.

Hierfür hat der Konzessionsgeber am **27.09.2024** einen Antrag beim Bund auf Gewährung einer Zuwendung gestellt und am **15.11.2024** einen Bescheid über eine Zuwendung in

vorläufiger Höhe (**Anlage 01a**) sowie den Änderungsbescheid (**Anlage 01b**) vom 26.02.2026 erhalten.

Der Konzessionsgeber hat ebenfalls einen Antrag auf die komplementäre Landesförderung des Landes Nordrhein-Westfalen (Kofinanzierung) gestellt und am 07.05.2026 eine Zulassung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns (**Anlage 1c**) erhalten.

Diese finanzielle Unterstützung dient dem flächendeckenden Aufbau einer leistungsfähigen Breitbandversorgung und soll eine Wirtschaftlichkeitslücke schließen. Die Beihilfe umfasst sowohl den Ausbau der Infrastruktur als auch den durchgängigen Netzbetrieb für einen Zeitraum von mindestens sieben Jahren.

Das nachfolgend beschriebene Verfahren ist offen, transparent, diskriminierungsfrei und wettbewerbsorientiert. Es entspricht den Vorgaben des europäischen Beihilferechts und dient der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen. Die Bereitstellung der Beihilfe erfolgt unter dem Vorbehalt verfügbarer Haushaltsmittel.

2.2. Versorgungssituation/Ausbaubereich

Der Kreis Recklinghausen hat von 29.07.2024 bis 23.09.2024 ein Markterkundungsverfahren durchgeführt. Ziel der Markterkundung war es, die beihilferechtlichen sowie gegebenenfalls förderrechtlichen Voraussetzungen für eine etwaige mit öffentlichen Mitteln geförderte Gigabitausbaumaßnahme herbeizuführen bzw. die Versorgungssituation im Kreis Recklinghausen zu überprüfen.

Das Projekt betrifft nicht den gesamten Kreis, sondern nur 6 aus den 10 Kommunen (Castrop-Rauxel, Datteln, Haltern am See, Herten, Oer-Erkenschwick, Waltrop) und umfasst insgesamt ca. **2.359** unterversorgte Adressen, welche derzeit noch nicht über einen Gigabitfähigen-Anschluss verfügen und dieser auch nicht innerhalb der Dreijahresfrist des durchgeführten Markterkundungsverfahrens marktgetrieben im Eigenausbau realisiert wird. Betroffen von dem Förderprojekt sind die Städte Castrop-Rauxel, Datteln, Haltern am See, Herten, Oer-Erkenschwick und Waltrop.

Gegenstand dieser Ausschreibung sind somit die unterversorgten Adressen (graue Flecken) in den vorgenannten Gebieten des Kreises Recklinghausen. Die Ausschreibung ist in insgesamt 6 Gebietslose unterteilt:

Los 1: Castrop-Rauxel (525 Adressen)

Los 2: Datteln (285 Adressen)

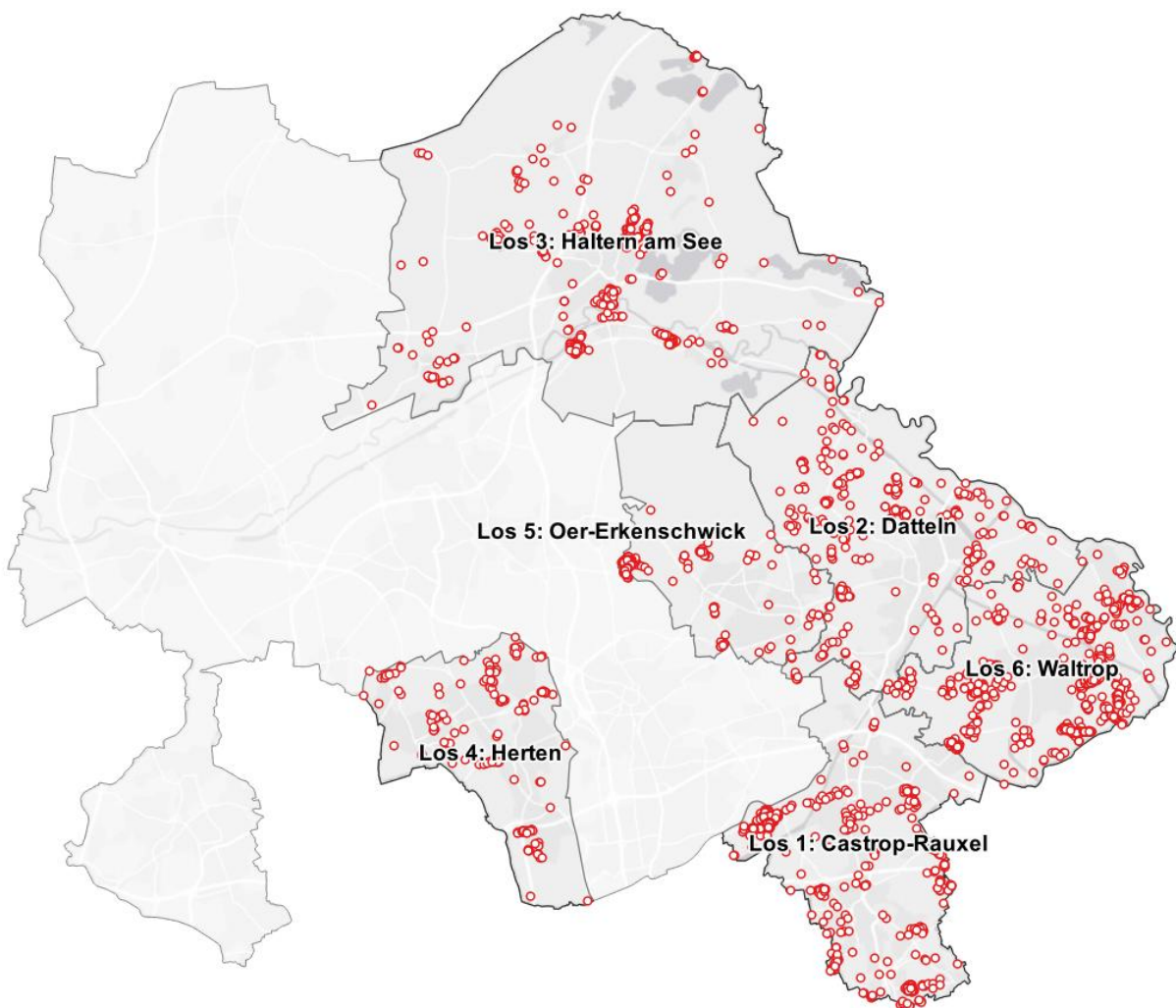
Los 3: Haltern am See (444 Adressen)

Los 4: Herten (145 Adressen)

Los 5: Oer-Erkenschwick (252 Adressen)

Los 6: Waltrop (708 Adressen)

Die folgende Karte zeigt den Umriss des Kreises Recklinghausen und die Verteilung der unterversorgten Adressen (rote Kreise) in den 6 betroffenen Kommunen (1 Los pro Kommune).



Die genaue Art und Lage der einzelnen Anschlüsse können der Adressliste (**Anlage 09a**) bzw. den Shape-Dateien (**Anlage 09b**) entnommen werden.

Die Adressliste (**Anlage 09a**) sowie die Shape-Dateien (**Anlage 09b**) werden den Bietern im Rahmen der Angebotsabforderung nach Unterzeichnung und Einreichung der Vertraulichkeitserklärung (**Anlage 08**) von der ausschreibenden Stelle zur Verfügung gestellt.

Die Vertraulichkeitserklärung ist bereits im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit / Richtigkeit der Daten.

3. Auftragsgegenstand

Dieses Vergabeverfahren zielt darauf ab, die zu 100 % flächendeckende Erschließung der unversorgten grauen Flecken mit einer bedarfsgerechten gigabitartigen Breitbandversorgung herzustellen. Konzessionsgegenstand ist dementsprechend die Versorgung aller unversorgten Bedarfsstellen mit einer nachhaltigen und hochleistungsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur (Gigabit-Netz). Die Zweckbindungsfrist beträgt 7 Jahre.

Hierzu wird als Mindestvorgabe definiert, dass **mindestens 1 Gbit/s symmetrisch** für alle Teilnehmer, im Projektgebiet hergestellt werden.

Das Angebot ist unter optimaler Ausnutzung von Synergieeffekten und der Prüfung bestehender mitnutzbarer Infrastruktur zu erstellen.

4. Rechtliche Rahmenbedingungen

Der Konzessionsgeber hat die Gewährung von Zuwendungen bei dem Bund sowie dem Land Nordrhein-Westfalen zum Aufbau einer zukunftssicheren Breitbandinfrastruktur beantragt und entsprechend der als **Anlage 01a, Anlage 01b und Anlage 01c** beigefügten Zuwendungsbescheide bewilligt bekommen. Diese Förderbescheide werden Grundlage des Zuwendungsvertrages.

Aufgrund der Anforderungen des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr („BMDV“) und dessen beauftragten Projektträger aconium GmbH sowie des Landes Nordrhein-Westfalen sind die zusätzlichen Bestimmungen und Auflagen zu erfüllen und einzuhalten, die sich aus den diesem Auftrag zu Grunde liegenden Zuwendungsbescheiden des Bundes vom **15.11.2024** inklusive Anlagen (**Anlage 01a**) und des Änderungsbescheides vom 26.02.2026

(Anlage 01b) sowie die Zulassung des vorzeitigen Maßnahmenbeginn des Landes vom 07.05.2026 **(Anlage 01c)** ergeben. Hierzu zählen insbesondere in der jeweils für dieses Projekt geltenden Fassung:

- die Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen vom 01.08.2024 (Gigabit-Rahmenregelung);
- Anlage zur Gigabit-Rahmenregelung – „Hinweise zur Festlegung des Abfragezeitraums im Rahmen des Markterkundungsverfahrens“ vom 01.08.2024;
- die Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 30.04.2024 (Gigabit-Richtlinie 2.0);
- die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk, Stand: 28.06.2024, GMBI Nr. 23/2024);
- die Besonderen Nebenbestimmungen für die auf Grundlage der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ durchgeführten Antrags- und Bewilligungsverfahren, die Umsetzung von Projekten und dazu gewährte Zuwendungen des Bundes („BNBest-Gigabit“), Stand: 06.11.2024;
- die GIS-Nebenbestimmungen, Version 5.1 vom 03.04.2023;
- das Einheitliche Materialkonzept und Vorgaben für die Dimensionierung passiver Infrastruktur im Rahmen des geförderten Breitbandausbaus, Version 5.0.2 vom 02.08.2024;
- der Vertrag über die Weiterleitung von Zuwendungen im Rahmen des Gigabitausbaus zum Zweck der Planung, Errichtung und Betrieb eines gigabitfähigen Breitbandnetzes (Mustervertrag zum Wirtschaftlichkeitslückenmodell – in der aktuellen, auf der Internetseite sowie Onlineplattform der Bewilligungsbehörde abrufbaren Fassung), wenn nicht eine Weiterleitung in öffentlich-rechtlicher Form erfolgt (vgl. Nr. 5.6 BNBest-Gigabit) **(Anlage 12-12e)**;
- Hinweisblatt zur Dokumentation der technischen Anlagen und des Baus vom 02.06.2022;

- Hinweisblatt für Informations- und Kommunikationsmaßnahmen für durchgeführte Baumaßnahmen auf Grundlage der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ (Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0) in der zweiten Änderungsfassung vom 31.03.2023, Version 2.1 vom 01.01.2024;
- Hinweisblatt Mittelanforderungen für Breitbandausbauprojekte im Sinne der Richtlinien „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ – Gigabit-Richtlinie des Bundes vom 26.04.2021 (GFP) und Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 (vom 31.03.2023 und in der Änderungsfassung vom 30.04.2024), Version 1.0 vom 03.07.2024;
- Hinweisblatt Zwischennachweis GFP für Breitbandausbauprojekte im Sinne der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ – Gigabit-Richtlinie des Bundes vom 26.04.2021 (Gigabit-RL) und Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 vom 31.03.2023 (Gigabit-RL 2.0), Version 1.0 vom 22.06.2023;
- Bedingungen und Preise für den Zugang Dritter auf Vorleistungsebene zu dem geförderten Netz des BMDV vom 23.12.2024 (**Anlage 16**);
- Hinweisblatt zur Förderfähigkeit von nicht dauerhaft bewohnten Gebäuden im Sinne der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ - Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 (Gigabit-Richtlinie 2.0) in der Änderungsfassung vom 30.04.2024, Version 1.0 vom 10.01.2025;
- Hinweisschreiben „Regelung zur Kostenteilung bei (Eigen-)Mitverlegungen im Graue-Flecken-Programm“ vom 17.06.2021;
- Prozessbeschreibung Bahnquerungen vom 13.05.2022;
- Telekommunikationsgesetz (TKG);
- Bundeshaushaltsordnung (BHO), insbesondere die §§ 23 und 44 BHO samt der zu ihnen erlassenen Verwaltungsvorschriften;
- Möglichkeit der Förderung von „Wholesale“-Modellen;
- Richtlinie zur Kofinanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen (**Anlage 02**);
- Besondere Vertragsbedingungen des Landes NRW zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB TVgG NRW) (**Anlage 05**).

Eine Nichteinhaltung der in den Zuwendungsbescheiden und den dazugehörigen Anlagen und Nebenbestimmungen enthaltenen Vorgaben kann zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Aus diesem Grund haben die Bieter mit dem Angebot folgende Verpflichtungserklärungen einzureichen:

- die Erklärung des ausgewählten Betreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen und zur Berücksichtigung vorhandener, nutzbarer Infrastrukturen Bund“ (**Anlage 03a**);
- die „Erklärung zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen Land“ (**Anlage 03b**);

Hinweis:

Die geplante Inanspruchnahme der Fördermittel ist Teil der Finanzierung des Konzessionsgegenstands. Soweit die Inanspruchnahme dieser Fördermittel, gleich aus welchen Gründen, nicht oder nur teilweise erfolgen sollte, könnte dies Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaftlichkeit des Projektes und somit auf die Konzessionsvergabe haben.

Sollte auf Grundlage der Ausbauplanung des Bieters eine Wirtschaftlichkeitslücke entstehen, die einen Investitionskostenzuschuss des Auftraggebers erforderlich macht, ist dieser Zuschuss nur auf die Investitionen in den tatsächlichen Ausbau des Netzes und der dafür benötigten Anlagen und Geräte zulässig. Schon mit der Angebotslegung ist die Verwendung eines möglichen Investitionszuschusses nachzuweisen, hierzu sind die Vorlagen zu verwenden.

Nach der Fertigstellung und Inbetriebnahme des Breitbandnetzes ist dem Konzessionsgeber eine prüffähige Abrechnung mit einer detaillierten Aufstellung der verwendeten Zuschussmittel vorzulegen. Dazu soll der Bieter als Netzbetreiber die Planung, den Bau und den Betrieb des passiven und aktiven Breitbandnetzes sowie die Endkundenversorgung für mindestens 7 (sieben) Jahre gewährleisten. Der Netzbetreiber ist Eigentümer des passiven Netzes und der aktiven Komponenten.

5. Start des Projektes/Umsetzungszeitraum

Es ist unmittelbar nach Auftragserteilung mit dem Vertrieb und der Netzausbauplanung zu beginnen. Es ist geplant, dass sämtliche Tätigkeiten und Maßnahmen für die Errichtung des Gigabit-Netzes bis zum **31.12.2028** abgeschlossen sind.

Im Übrigen wird in diesem Zusammenhang auf den in dem Zuwendungsbescheid des Bundes (s. **Anlage 01a**) festgesetzten Bewilligungszeitraum verwiesen.

6. Vergabeverfahren

6.1. Allgemeines

Das Vergabeverfahren zielt darauf ab, einen Netzbetreiber zu finden, der die Versorgung der unterversorgten Adressen (Gigabit 2.0) mit einer zukunftsorientierten Breitbandversorgung für sämtliche Adressen des gegenständlichen Konzessionsgegenstandes übernimmt.

6.1.1. Vergabeart

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb in entsprechender Anwendung des § 12 Abs. 1 S. 2 KonzVgV i.V.m. § 17 und den sonstigen Vorschriften der Vergabeordnung (VgV).

Das gesamte Vergabeverfahren wird in elektronischer Form abgewickelt. Dazu wird der Vergabesatellit Metropole Ruhr ([Vergabesatellit | Metropole Ruhr](#)) genutzt:

<https://www.vergabe.metropoleruhr.de/VMPSatellite/notice/CXPSYD3DQYK/documents>

Die gesamte Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt in elektronischer Form über die Vergabeplattform des Konzessionsgebers. Dies umfasst:

- die Bekanntmachung der Ausschreibung,
- die Bereitstellung der Vergabeunterlagen,
- die Kommunikation mit Interessenten im Vergabeverfahren (Bieteranfragen, Bieterinformationen),
- die Abgabe der Teilnahmeanträge,
- die Angebotsabgabe,
- die Angebotsöffnung,
- die Kommunikation mit den Bietern im Nachgang (Angebotsaufklärung, Informationsschreiben),
- die Protokollierung des gesamten Verfahrens.

6.1.2. Vergabeunterlagen

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei über den Vergabesatelliten Metropole Ruhr zur Verfügung unter:

<https://www.vergabe.metropoleruhr.de/VMPSatellite/notice/CXPSYD3DQYK/documents>

6.1.3. Kommunikation und Bieterfragen während des Vergabeverfahrens

Verfahrenssprache ist Deutsch. Sämtliche Kommunikation findet über die elektronische Vergabeplattform statt. Fragen bezüglich dieses Verfahrens und den Vergabeunterlagen sind über die Kommunikationsfunktion des Vergabesatelliten Metropole Ruhr zu stellen:

<https://www.vergabe.metropoleruhr.de/VMPSatellite/notice/CXPSYD3DQYK/documents>

Die Bewerber/Bieter werden bei Problemstellungen durch die Veröffentlichung eines entsprechenden Kataloges informiert. Mündliche Auskünfte werden nicht erteilt.

Sollten nach Ansicht des Bewerbers/Bieters Unklarheiten hinsichtlich der Ausschreibungsunterlagen bestehen, so hat dieser dem Konzessionsgeber unverzüglich in Textform über die Vergabeplattform zu informieren.

Soweit bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist Änderungen an den Vergabeunterlagen bzw. klarstellende Informationen an die Bewerber/Bieter oder Beantwortung von Fragen der Bewerber/Bieter erforderlich werden (z.B. Korrektur von Fehlern, Berücksichtigung von Fragen), werden diese Änderungen/Bieterinformationen ebenfalls in elektronischer Form - wie diese Unterlagen - über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt. Es werden jeweils die aktuelle Version der Vergabeunterlagen sowie alle Informationen für die Bewerber/Bieter zur Verfügung gestellt. Es obliegt dem Bewerber/Bieter, diese Änderungen nachzuverfolgen und seinen Teilnahmeantrag bzw. sein Angebot auf Basis der zuletzt eingestellten Version der Unterlagen zu erstellen.

Sollte ein Teilnahmeantrag/Angebot auf Grundlage einer anderen als der zuletzt eingestellten Version der Unterlagen abgegeben werden, kann dies zum Ausschluss des Bewerbers/Bieters führen.

6.1.4. Form der Teilnahmeanträge und Angebote

Die Teilnahmeanträge, die Erstangebote sowie alle Folgeangebote bzw. die finalen Angebote sind elektronisch in Textform und in deutscher Sprache über den Vergabesatelliten Metropole Ruhr abzugeben.

Die erforderlichen Unterlagen sind je einzeln und mit Bezeichnung des Inhalts als PDF-Datei hochzuladen, alternativ ist auch die Abgabe in einem gesamten Dokument als PDF-Datei möglich.

6.1.5. Finanzieller Ausgleich

Die Bieter erhalten für die Erstellung oder die Einreichung ihres Teilnahmeantrags oder Angebots keinen finanziellen Ausgleich oder anderweitige Entschädigungen.

6.1.6. Aufhebung des Vergabeverfahrens, § 32 KonzVgV

Der Konzessionsgeber ist berechtigt, ein Vergabeverfahren ganz oder teilweise aufzuheben, wenn

- kein Teilnahmeantrag oder Angebot eingegangen ist, das den Bedingungen entspricht,
- sich die Grundlage des Vergabeverfahrens wesentlich geändert hat,
- kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wurde oder
- andere schwerwiegende Gründe bestehen.

Im Übrigen ist der Konzessionsgeber grundsätzlich nicht verpflichtet, den Zuschlag zu erteilen.

6.2. Teilnahmewettbewerb

Jedes interessierte Unternehmen kann innerhalb der Teilnahmefrist einen Teilnahmeantrag einreichen. Die Teilnahmebedingungen sind für die Bewerber aus der Bekanntmachung ersichtlich. Der Konzessionsgeber wird anhand der Teilnahmebedingungen die Teilnahmeanträge auswerten und die Eignung der Bewerber feststellen.

Der Konzessionsgeber behält sich vor, fehlende Unterlagen nachzufordern. Sofern Bewerber trotz entsprechender Nachforderung die geforderten Nachweise nicht vollständig oder nicht

den Anforderungen entsprechend einreichen, werden diese von dem weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Im Übrigen werden Unternehmen vom weiteren Vergabeverfahren gem. § 57 VgV ausgeschlossen, wenn deren Teilnahmeanträge nicht den Erfordernissen des § 53 VgV genügen.

6.3. Bietergemeinschaft

Bietergemeinschaften werden wie Einzelbewerber/-bieter behandelt. Bei der Bildung von Bietergemeinschaften sind die beteiligten Unternehmen zu benennen. Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch.

Soweit sich eine Bietergemeinschaft an diesem Verfahren beteiligen möchte, ist **mit dem Teilnahmeantrag** die Erklärung der Bietergemeinschaft (**Anlage 04 Erklärung Bietergemeinschaft**) ausgefüllt vorzulegen. Alle beteiligten Unternehmen (Mitglieder einer Bietergemeinschaft) haben jeweils für sich **mit dem Teilnahmeantrag** zusätzlich folgende Unterlagen ausgefüllt einzureichen:

- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123, 124 GWB (**Anlage 06**);
- die Eigenerklärung Russland-Sanktionen (**Anlage 07**),

Ferner ist der Bekanntmachung zu entnehmen, welche weiteren unternehmensbezogenen Nachweise zur Eignung von allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft **mit dem Teilnahmeantrag** einzureichen sind.

Mit dem Angebot haben alle Mitglieder der Bietergemeinschaft die Erklärung des ausgewählten Betreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen und zur Berücksichtigung vorhandener, nutzbarer Infrastrukturen Bund (**Anlagen 03a**) sowie die Erklärung zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen Land (**Anlage 03b**) abzugeben.

6.4. Eignungsleihe

Ein Bewerber oder Bieter kann für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche

Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt.

Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber oder Bieter und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Ein Bewerber oder Bieter kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Der Konzessionsgeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen.

Nimmt ein Bewerber oder Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so ist **mit dem Teilnahmeantrag** eine Erklärung über die gemeinsame Haftung des Bewerbers und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe einzureichen.

Der Bewerber hat im Falle der Eignungsleihe bereits **mit dem Teilnahmeantrag** die dem Einsatz zur Eignungsleihe entsprechenden Erklärungen (bspw. Referenzen oder Umsätze) einzureichen.

Zusätzlich **mit dem Teilnahmeantrag** ist für diesen Fall auch eine Erklärung des zur Eignungsleihe herangezogenen Unternehmens vorzulegen, ob Ausschlussgründe gemäß § 123, § 124 GWB vorliegen (**Anlage 06**) einzureichen.

Handelt es sich bei dem zur Eignungsleihe herangezogenen Unternehmen um einen Nachunternehmer, ist **mit dem Angebot** die Erklärung bei Weitergabe von Leistungen an Nachunternehmer (**Anlage 10 Erklärung bei Weitergabe von Leistungen an**

Nachunternehmer) sowie von dem Nachunternehmer die Eigenerklärung Russland-Sanktionen (**Anlage 07**) einzureichen.

Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle haben die Bieter die Verpflichtungserklärung Nachunternehmer (**Anlage 11 Verpflichtungserklärung Nachunternehmer**), ausgestellt von dem Nachunternehmer abzugeben.

6.5. Nachunternehmereinsatz ohne Eignungsleihe

Wenn der Bewerber Teile des Auftrags an einen Nachunternehmer ohne Eignungsleihe vergeben möchte, hat er **mit dem Angebot** (Erst- und Folgeangebote) das Formblatt Erklärungen bei Weitervergabe von Leistungen an Nachunternehmer (**Anlage 10**), die Eigenerklärung des Nachunternehmers, ob Ausschlussgründe gemäß § 123, § 124 GWB vorliegen (**Anlage 06**) sowie von dem Nachunternehmer die Eigenerklärung Russland-Sanktionen (**Anlage 07**) einzureichen.

Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle haben die Bieter zu einem von der Vergabestelle zu bestimmenden Zeitpunkt das Formblatt Verpflichtungserklärung Nachunternehmer (**Anlage 11**), ausgestellt von dem Nachunternehmer, abzugeben.

6.6. Angebots- und Verhandlungsphase

6.6.1. Aufforderung und Abgabe von Erstangeboten

Der Konzessionsgeber wird nach Auswertung der Teilnahmeanträge diejenigen Bewerber, deren Leistungsfähigkeit und Eignung anhand der aufgestellten Eignungskriterien festgestellt wurde, zur Abgabe eines Angebotes (Erstangebot) auffordern.

Die Erstangebote sind innerhalb der gesetzten Frist sowie nach den aufgestellten und sodann mitgeteilten Regeln einzureichen. Das Erstangebot sowie etwaige Folgeangebote sind in elektronischer Form über die genannte elektronische Vergabeplattform einzureichen.

Die Angebote müssen inhaltlich die Vorgaben der Ausschreibung erfüllen und alle geforderten Angaben enthalten.

6.6.2. Lose

6.6.2.1. Teillöse

Die Konzession ist in insgesamt 6 Gebietslöse aufgeteilt.

6.6.2.2. Angebot auf mehrere Lose

Es ist möglich, im Rahmen dieser Ausschreibung Angebote auf bis zu 6 (alle) Lose abzugeben.

6.6.2.3. Zuschlagslimitierung

Die Zahl der Lose, für die ein einzelner Bieter einen Zuschlag erhalten kann, ist nicht beschränkt. Die Wertung der Angebote erfolgt losweise.

6.6.2.4. Kombinationsangebote

Der Konzessionsgeber geht davon aus, dass sich bei Errichtung und Betrieb des Gigabit-Netzes für mehrere oder auch alle Lose Synergieeffekte ergeben, die zu wirtschaftlicheren Angeboten bei der Bezuschlagung dieser Lose an einen Bieter führen können. Regelmäßig dürften die Kombinationsangebote insbesondere zu preisgünstigeren Wirtschaftlichkeitslücken führen. Davon unabhängig werden nach Erteilung des Zuschlages alle Vertragsverhältnisse je Los separat behandelt und alle Wirtschaftlichkeitslücken je Los separat abgerechnet.

Der Konzessionsgeber hält es aber für technisch denkbar, dass sich auch bzgl. anderer Zuschlagskriterien in einem Kombinationsangebot weitere Synergieeffekte realisieren lassen. Daher lässt der Konzessionsgeber Kombinationsangebote für mehrere oder alle Lose zu.

Die Abgabe solcher Kombinationsangebote ist nach den Regelungen der § 12 Abs. 1 S. 2 KonzVgV i.V.m. §§ 30 Abs. 3, 35 VgV unter den folgenden Vorgaben zulässig:

- Jedes Kombinationsangebot muss sämtliche Mindestanforderungen für die Abgabe der Hauptangebote erfüllen, die sich aus den Vergabeunterlagen ergeben. Jedes Kombinationsangebot wird bei der Angebotswertung eigenständig auf die Einhaltung der Mindestanforderungen überprüft. Hierbei ist darauf zu achten, dass für die einzelnen Lose mitunter unterschiedliche Anforderungen gelten können. Der Konzessionsgeber wird daher die Vollständigkeits- und rechtsförmliche Prüfung innerhalb eines Kombinationsangebotes losscharf nachvollziehen.

Wenn die Zuordnung zu den einzelnen Losen i.R.d. Angebotes gewährleistet wird, ist es statthaft allgemeine Unterlagen wie Eigenerklärung, Zusicherungen, usw. für das Kombinationsangebot insgesamt abzugeben.

- Ein Kombinationsangebot muss neben den eben erwähnten förmlichen Anforderungen auch für jedes darin enthaltenen Einzellos gemäß den unter der Ziffer 9.3. genannten Zuschlagskriterien losscharf für die Vergabeentscheidung nachvollziehbar sein.
- Es dürfen mehrere Loskombinationen angeboten werden. Nicht zulässig ist es für eine bestimmte Loskombination mehr als ein Angebot abzugeben. Davon bleibt die Möglichkeit weiterhin nur losweise anzubieten unberührt.
- Der Zuschlag an ein Kombinationsangebot darf nur dann erteilt werden, wenn sich das Kombinationsangebot in jedem davon umfassten Los jeweils als das wirtschaftlichste gemäß den unter der Ziffer 9.3. genannten Zuschlagskriterien erweist. Ein Zuschlag an das Kombinationsangebot ist ausgeschlossen, wenn in nur einem Los ein wirtschaftlicheres Angebot eines anderen Bieters vorliegt.

Der Konzessionsgeber wird bei der Auswertung der Kombinationsangebote wie folgt vorgehen:

- jedes Los wird anhand der losweisen Einzelangebote ausgewertet;
- diesen Auswertungen werden sodann die Auswertungen der Kombinationsangebote gegenübergestellt;
- es wird geprüft, ob der Bieter für das Los ausreichend leistungsfähig ist;
- damit ein Kombinationsangebot bezuschlagt werden kann, muss es sich in allen enthaltenen Einzellosen als das wirtschaftlichste Angebot anhand der Wertungskriterien erweisen.

Kombinationsangebote, für die der betreffende Bieter nicht die erforderliche Leistungsfähigkeit aufweisen, werden nicht berücksichtigt.

6.6.3. Prüfung der Angebote /Nachforderung von Unterlagen

Die Prüfung der Angebote erfolgt durch den Konzessionsgeber bzw. beauftragte Dienstleister nach den Vorgaben des § 29 KonzVgV i.V.m. § 56 VgV.

Die Nachforderung von Unterlagen gemäß § 56 Abs. 2 S. 1 VgV ist unter Berücksichtigung des Nachforderungsumfangs ausdrücklich vorgesehen.

Die Angebote werden anhand der Zuschlagskriterien (Ziff. 9 der Vergabeunterlage) bewertet.

6.6.4. Wertungsausschluss von Angeboten

Angebote werden gem. § 57 Abs. 1 VgV von der Wertung ausgeschlossen, wenn sie nicht den Erfordernissen des § 53 VgV genügen, insbesondere

- Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
- Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,
- Angebote, in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
- Angebote, bei denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind,
- Angebote, die nicht die erforderlichen Preisangaben enthalten, es sei denn, es handelt sich um unwesentliche Einzelpositionen, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen, oder
- nicht zugelassene Nebenangebote.

6.6.5. Verhandlungsphase

Nach der Prüfung und Wertung der Erstangebote beginnt die Verhandlungsphase, sofern der Konzessionsgeber von seinem Recht aus § 17 Abs. 11 VgV keinen Gebrauch gemacht hat.

Der Konzessionsgeber verhandelt mit den Bietern über die von ihnen eingereichten Erstangebote und alle Folgeangebote, mit Ausnahme der endgültigen, finalen Angebote, mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern. Dabei darf über den gesamten Angebotsinhalt verhandelt werden mit Ausnahme der festgelegten Mindestanforderungen und Zuschlagskriterien, § 17 Abs. 10 VgV.

Die Verhandlungsphase beginnt mit Bieterpräsentationen und anschließender Verhandlung über die jeweiligen Erstangebote.

Die Bieterpräsentation der Erstangebote muss eine Vorstellung des Unternehmens sowie eine umfassende Erläuterung des Erstangebots enthalten. Dies wird im Zuge entsprechender Einladungen zu etwaigen Verhandlungsgesprächen durch den Konzessionsgeber konkretisiert.

6.6.6. Finale Angebote

Nach Abschluss der Verhandlungsrunden fordert der Konzessionsgeber zur Abgabe verbindlicher und ggf. endgültiger (finaler) Angebote auf.

Spätestens die finalen Angebote wird der Konzessionsgeber einer Wertung anhand der Zuschlagskriterien unterziehen und dem danach wirtschaftlichsten Angebot den Zuschlag erteilen, § 58 VgV. Dies hat zur Folge, dass der Inhalt des finalen Angebotes nicht mehr verhandelbar ist.

7. Rechtliche Rahmenbedingungen

7.1. Beauftragung/Vertrag

Mit der Angebotsaufforderung werden den Bietern die Musterverträge (**Anlage 12, 12a, 12b, 12c, 12d, 12e**) zur Verfügung gestellt. Diese Verträge bilden die Grundlage der Beauftragung und sind bei der Erstellung des Angebotes entsprechend zu berücksichtigen.

7.2. Beihilferechtliche Vorgaben/Offener Zugang auf Vorleistungsebene

Wie bereits angeführt, sind die im Rahmen dieses Breitbandprojekts zur Verfügung gestellten Investitionsbeihilfen grundsätzlich als Beihilfen im Sinne des EU-Beihilfenrechts zu werten. Eine Vereinbarkeit dieser Beihilfen mit dem EU-Beihilfenrecht – ohne Notwendigkeit einer ansonsten erforderlichen Einzelnotifizierung – ist dann gegeben, wenn im Rahmen dieses Projekts bestimmte rechtliche Vorgaben eingehalten werden. Dazu sind insbesondere die besonderen Anforderungen der Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen vom 01.08.2024 (Gigabit-Rahmenregelung) sowie der Leitlinien der Europäischen Kommission vom 26. Januar 2013 für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau (2013/C 25/01) bzgl. der Bereitstellung von Investitionskosten durch die öffentliche Hand zur Herstellung einer flächendeckenden Breitbandversorgung durchzuführen.

Danach ist der Konzessionsnehmer gemäß § 8 Gigabit-Rahmenregelung unter anderem dazu verpflichtet, einen offenen Zugang zu den aktiven und passiven Infrastrukturen auf Vorleistungsebene einschließlich einer physischen Entbündelung für einen Mindestzeitraum von 10 (zehn) Jahren zu gewährleisten, während das Recht auf Zugang zur passiven Infrastruktur (einschließlich Kabel, wie unbeschaltete Glasfaser) unbefristet bestehen muss. Es ist bereits an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die spezifischen rechtlichen Vorgaben aus den vorgenannten Regelwerken auch Gegenstand des final abzuschließenden Vertrages sind und dementsprechend von den Parteien zwingend einzuhalten sind. Für weitere Einzelheiten zur Gewährung des offenen Netzzugangs wird daher auf den Mustervertrag (**Anlage 12**) verwiesen.

7.3. Monitoring- und Rückforderungsmechanismus

Der Konzessionsgeber hat zudem gemäß § 10 der Gigabit-Rahmenregelung vom 01.08.2024 einen Mechanismus zur Vermeidung übermäßiger Wettbewerbsvorteile bei größeren Vorhaben vorzusehen:

(1) Um zu verhindern, dass durch die Gewährung einer Beihilfe einzelnen Betreibern eine übermäßige Rendite ermöglicht wird, prüft die Bewilligungsbehörde, ob ein angemessener Gewinn aus der Vermarktung der geförderten, neu errichteten Breitbandzugänge im Zielgebiet übertroffen wurde. Dieser Mechanismus zur Vermeidung übermäßiger Wettbewerbsvorteile wird für das Wirtschaftlichkeitslückenmodell sowie für das Betreibermodell erstmals nach sieben Jahren durchgeführt.

(2) Der angemessene Gewinn wird übertroffen und entsprechend der Förderhöhe zurückgefordert, wenn die Kapitalrendite bis zu 13 % pro Jahr übersteigt. Dies gilt auch für Gewinne aus anderen Transaktionen im Zusammenhang mit dem staatlich geförderten Netz. Der Beihilfeempfänger muss für eine getrennte Buchführung zwischen eigenwirtschaftlich finanzierten und geförderten Netzen sorgen. Die vorstehenden Absätze gelten nur für größere Vorhaben mit einem Beihilfebetrug von mehr als zehn Millionen EUR.

7.4. Offener und diskriminierungsfreier Zugang

Ein offener und diskriminierungsfreier Netzzugang muss gewährleistet werden. Das geförderte Netz muss anderen interessierten Netz- und Telekommunikationsbetreibern auf Vorleistungsebene zur Verfügung stehen, vgl. § 8 Gigabit-RR, unter Angabe der geplanten Art

und Weise der Erfüllung dieser Verpflichtung einschließlich indikativer Angabe der Vorleistungspreise.

Bei Angabe der indikativen Vorleistungspreise sind die „Bedingungen und Preise für den Zugang Dritter auf Vorleistungsebene zu dem geförderten Netz“ des BMDV vom 23.12.2024 zu berücksichtigen. So ist insbesondere zu beachten, dass die dort genannten Vorleistungspreise jeweils eine Obergrenze darstellen.

Können sich der Konzessionsnehmer und der eventuelle Zugangsnachfrager nicht auf eine Preisfestsetzung für die Vorleistungspreise einigen, so ist die öffentliche Hand angewiesen, die Festsetzung der Vorleistungspreise vorzunehmen. Hierzu trifft die Bundesnetzagentur gemäß § 149 TKG auf Antrag eine verbindliche Entscheidung.

7.5. Mitnutzung vorhandener Infrastrukturen

Gemäß Ziffer 6.5 der Gigabit-Richtlinie des Bundes sind die Nutzung von Eigenleistungen, von alternativer Netztechnologie und alternativer Verlegemethoden (Trenching-Verfahren, Nutzung oder Bau oberirdischer Verlegung, Spülverfahren, Kabelpflugverfahren, usw.) zu prüfen.

Es sind daher im Rahmen der Projektumsetzung u.a. soweit möglich die Potentiale von Mitnutzung vorhandener Bestands- oder Leerrohrkapazitäten, Mitverlegung und geschickter Wegstreckenführung zur Minimierung der Tiefbaukosten zu berücksichtigen.

Es ist der Planung des Netzausbaus die im Projektgebiet vorhandene sowie im Rahmen des früheren Förderprojekts errichtete Telekommunikationsinfrastruktur zu prüfen, planerisch zu berücksichtigen und, soweit technisch und wirtschaftlich sinnvoll, in die Netzplanung einzubeziehen.

Sofern eine Mitnutzung vorhandener Infrastruktur ganz oder teilweise nicht vorgesehen ist, hat der Bieter dies in jedem einzelnen relevanten Fall nachvollziehbar und prüffähig zu begründen. Die Begründung muss insbesondere technische, wirtschaftliche oder betriebliche Gründe (z. B. fehlende Kapazitäten, ungeeignete Trassenführung und Tiefbauart, technische Inkompatibilitäten) enthalten.

Im Kreis Recklinghausen befindet sich bereits das Breitband-Förderprojekt „Weiße Flecken“ auf Open-Access-Basis in der Umsetzung. Die eigentliche Baumaßnahme ist bereits abgeschlossen und das Projekt befindet sich aktuell in der finalen Dokumentationsphase.

Bzgl. ggf. nutzbarer Infrastrukturen und ergänzender Informationen wird auf den Infrastrukturatlas der Bundesnetzagentur (ISA-Mitnutzung/ISA-Planung etc.) verwiesen.

Darüber hinaus wird der Konzessionsgeber, soweit es ihm bis dahin möglich ist, mit Angebotsaufforderung weitere Informationen und Unterlagen zu den bestehenden Infrastrukturen der Weiße-Flecken-Förderung zur Verfügung stellen, unter der Voraussetzung der Einreichung der unterzeichneten Vertraulichkeitserklärung (**Anlage 08**) mit dem Teilnahmeantrag.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Unterlagen vertraulich zu behandeln und einzig für die Angebotserstellung im Rahmen des gegenständlichen Vergabeverfahrens zu verwenden sind. Eine Weitergabe der Unterlagen an Dritte o.ä. ist nicht gestattet.

Es wird zudem ausdrücklich daraufhin gewiesen, dass es sich bei den Informationen tlw. um aktuelle Planungsstände handelt, die von der tatsächlichen Ausführung abweichen können. Für belastbare Informationen, bezüglich der Verfügbarkeit von Leerrohr- und Glasfaserkapazitäten und Konditionen für die Mitnutzung, ist zwingend der jeweilige Eigentümer bzw. Betreiber zu kontaktieren.

Folgende Telekommunikationsunternehmen haben im Rahmen des geförderten Breitbandausbaus (Wirtschaftlichkeitslückenmodell nach Nr. 3.1 der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ (Förderrichtlinie des Bundes vom 22.10.2015 in der Fassung vom 16.01.2017) bereits Breitbandnetze in den gegenständlichen Gebieten errichtet:

| | Städte | TKU |
|---|---|------------|
| Förderprojekt 832.5/3-1705NW300088 | | |
| Los Süd 1 | Waltrop, Datteln | Telekom |
| Los Süd 2 | Herten, Recklinghausen, Castrop-Rauxel | Gelsen-Net |
| Förderprojekt 832.5/3-1705NW300085 | | |

| | | |
|------------|--|---------|
| Los Nord 1 | Dorsten, Gladbeck | Telekom |
| Los Nord 2 | Marl, Haltern am See, Oer-Erkenschwick | Telekom |

Ansprechpartner Deutsche Telekom AG

Frank Neiling

Infrastrukturvertrieb, Projektkoordinator

Tel: 0171/2000007

Frank.Neiling@telekom.de

Ansprechpartner GELSEN-NET Kommunikationsgesellschaft mbH

Carsten Wick

Geschäftsführer

Tel: 0209/702-2300

carsten.wick@gelsen-net.de

Bereits geplante Tiefbaumaßnahmen sind bei Ausbaumaßnahmen grundsätzlich zu berücksichtigen. Hierzu ist im Rahmen der späteren Projektumsetzung der Konzessionsnehmer aufgefordert, während der Planungsphase nochmals die Eignung der Tiefbaumaßnahmen, entsprechend der zeitlichen und sachlichen Nutzung, für eine Mitnutzung, Mitverlegung oder Koordinierung mit den Kommunen oder jeweiligen Bauherren zu prüfen und entsprechend zu berücksichtigen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Konditionen für die Nutzung etwaiger kommunaler oder sonstiger Infrastrukturen sowie einer Koordinierung von Bauarbeiten bzw. Mitverlegung durch den Bieter mit den Inhabern der entsprechenden Infrastrukturen bzw. den jeweiligen Bauherren abzuklären sind; Infrastrukturen stehen zur Mitnutzung nicht grundsätzlich kostenfrei zur Verfügung. Ergänzend wird hierzu auf die § 136 ff. TKG verwiesen.

7.6 Vermeidung von Doppelförderung

Der Konzessionsgeber behält sich vor, nach der Zuschlagsentscheidung zu prüfen, ob es zwischen den eingereichten Netzplanungen der sechs Lose zu potenziellen räumlichen

Überschneidungen, Paralleltrassen oder sonstigen ineffizienten und nicht-fördergemäßen Doppelstrukturen kommt.

Mit Abgabe des Finalangebots erklären sich die Bieter bereit, bei Bedarf an kostenoptimierenden, ressourcenschonenden Plananpassungen mitzuwirken. Dies kann insbesondere Anpassungen der Trassenführung, die Nutzung gemeinsamer Infrastrukturen oder eine abgestimmte koordinierte Umsetzung zwischen mehreren Konzessionsnehmern umfassen, soweit dies wirtschaftlich und technisch zumutbar ist.

8. Einzureichende Angaben und Nachweise mit dem Angebot

8.1. Einzureichende Angaben und Nachweise mit dem Angebot

Sofern der Bieter für mehrere Lose ein Angebot bzw. ein Kombinationsangebot über mehrere Lose abgeben möchte, hat dieser die nachfolgenden Unterlagen und Angaben jeweils losweise mit dem Angebot einzureichen:

| Punkt | Angaben und Nachweise für das Angebot |
|-------|--|
| 1. | Angabe zu Höhe der Wirtschaftlichkeitslücke Die Bieter haben mit dem Angebot Angaben über die Höhe einer möglichen Wirtschaftlichkeitslücke sowie der Gewinnprognose aus der Vermarktung der vertragsgegenständlichen Breitbandzugänge (Anlage 14, 14a, 14b, 14c, 14d, 14e) vorzunehmen. |
| 2. | Konzept Mitnutzung Die Bieter haben mit dem Angebot ein Konzept für die Mitnutzung einzureichen. |
| 3. | Konzept Nachverdichtung Die Bieter haben mit dem Angebot ein Konzept für die Nachverdichtung einzureichen. |
| 4. | Marketing und Vertriebskonzept Die Bieter haben mit dem Angebot ein Marketing – und Vertriebskonzept einzureichen. |
| 5. | Konzept zu alternativen Netztechnologien und Verlegemethoden Die Bieter haben mit dem Angebot Angaben zu folgenden Aspekten vorzunehmen: |

| | |
|----|---|
| | Einsatz alternativer Netztechnologien und Verlegungsmethoden |
| 6. | <p>Vorlage Zeitplan und Zahlungsplan</p> <p>Die Bieter haben mit dem Angebot Angaben zu folgenden Punkten vorzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Zeitplanung zur Realisierung des gesamten Projektes von Beginn der Tiefbauarbeiten (Erhalt des Zuwendungsbescheid in finaler Höhe) bis zur Gesamtinbetriebnahme b. Zahlungsplan mit entsprechenden Auszahlungszielen |
| 7. | <p>Technisches Konzept</p> <p>Die Bieter haben mit dem Angebot ein technisches Konzept vorzulegen.</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Angaben zur Netzerrichtung b. Angaben zu Betrieb und Entstörung c. Angaben zum Open Access/ Zugang auf Vorleistungsebene inkl. Angabe indikativer Vorleistungspreise (Anlage 15, 15a, 15b, 15c, 15d, 15e) d. Angaben zum Netzplan (Grobnetzplanung) e. Angaben zur Kampfmittelbeseitigung f. Angaben zur Zuverlässigkeit gem. § 6 Abs. 2 Gigabit-RR |
| 8. | <p>Endkundenprodukte und Endkundenpreise</p> <p>Angabe der für dieses Projekt vorgesehenen Endkundenprodukte inklusive der angebotenen Preise unter Berücksichtigung der Vorgaben für Produktinformationsblätter nach § 1 TK-Transparenzverordnung.</p> |
| 9. | <p>Vorlage Erklärung des ausgewählten Betreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen_Bund (Anlage 03a)</p> <p>Die Bieter haben mit dem Angebot die Erklärung des ausgewählten Betreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen und zur Berücksichtigung vorhandener, nutzbarer Infrastrukturen _Bund (Anlage 03a) einzureichen.</p> |

| | |
|-----|--|
| 10. | <p>Vorlage Erklärung zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen_Land (Anlage 03b)</p> <p>Die Bieter haben mit dem Angebot die Erklärung des ausgewählten Betreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen_Land (Anlage 03b) einzureichen.</p> |
| 11. | <p>Im Falle des Nachunternehmereinsatzes ohne Eignungsleihe:</p> <p>Die Bieter haben folgende Unterlagen mit dem Angebot einzureichen.</p> <p>-> Formblatt Erklärungen bei Weitervergabe von Leistungen an Nachunternehmer (Anlage 10);</p> <p>-> Eigenerklärung (des Nachunternehmers), ob Ausschlussgründe gemäß § 123, § 124 GWB (Anlage 06);</p> <p>-> Eigenerklärung (des Nachunternehmers) Russland-Sanktionen (Anlage 07).</p> |
| 12. | <p>Im Falle des Nachunternehmereinsatzes mit Eignungsleihe:</p> <p>Die Bieter haben folgende Unterlagen mit dem Angebot einzureichen.</p> <p>-> Formblatt Erklärungen bei Weitervergabe von Leistungen an Nachunternehmer (Anlage 10);</p> <p>-> Eigenerklärung (des Nachunternehmers), ob Ausschlussgründe gemäß § 123, § 124 GWB (Anlage 06);</p> <p>-> Eigenerklärung (des Nachunternehmers) Russland-Sanktionen (Anlage 07).</p> |
| 13. | <p>Erklärung Zusicherung zur Einhaltung der Mindestanforderungen (Anlage 13)</p> <p>Die Bieter haben mit dem Angebot die Erklärung Zusicherung zur Einhaltung der Mindestanforderungen (Anlage 13) abzugeben</p> |

8.2. Erläuterungen zu den einzelnen Angaben und Nachweisen

8.2.1. Angaben zur Wirtschaftlichkeitslücke

Der Bieter hat Angaben über die Höhe einer möglichen Wirtschaftlichkeitslücke sowie der Gewinnprognose aus der Vermarktung der vertragsgegenständlichen Breitbandzugänge

vorzunehmen. Hierfür ist das Formblatt Wirtschaftlichkeitslücke (**Anlage 14, 14a, 14b, 14c, 14d, 14e**) **losweise** auszufüllen, sofern der Bieter auf mehrere Lose ein Angebot abgeben möchte.

Sofern der Bieter ein Kombinationsangebot abgeben möchte, ist das Formblatt Wirtschaftlichkeitslücke auch für dieses Kombinationsangebot nochmals je Los gesondert einzureichen, soweit die Lose Bestandteil des Kombinationsangebotes sind.

8.2.2 Konzept Mitnutzung

Der Bieter hat bei der Planung des Netzausbaus die im Projektgebiet vorhandene sowie im Rahmen des früheren Förderprojekts errichtete Telekommunikationsinfrastruktur zu prüfen, planerisch zu berücksichtigen und, soweit technisch und wirtschaftlich sinnvoll, in die Netzplanung einzubeziehen.

Die Angaben zu den folgenden Positionen sind in einem Konzept zur Mitnutzung vorhandener Infrastruktur auszuführen.

Nutzung vorhandener Infrastrukturen

- Angaben zur vorgesehenen Nutzung vorhandener kommunaler und nichtkommunaler bzw. ggf. eigener Infrastrukturen (Leerrohre, Glasfaserkabel, Bauten etc.). Soweit entsprechende eigene Infrastrukturen nicht vorhanden sind, bitten wir ergänzend um entsprechende Mitteilung;
- Stellen sie die Verlege- / Zuführungsart bzw. die betroffenen Trassen dar (Karte / GIS Daten, Nutzung Leerrohr, oberirdische Trassenführung, Sonstige);
- Stellen Sie dar, wie sich der Einsatz der Mitnutzung auf die Höhe der Wirtschaftlichkeitslücke und den Zeitplan auswirkt.
- Sofern eine Mitnutzung vorhandener Infrastruktur ganz oder teilweise nicht vorgesehen ist, hat der Bieter dies in jedem einzelnen relevanten Fall nachvollziehbar und prüffähig zu begründen. Die Begründung muss insbesondere technische, wirtschaftliche oder betriebliche Gründe (z. B. fehlende Kapazitäten, ungeeignete Trassenführung und Tiefbauart, technische Inkompatibilitäten) enthalten.

8.2.3 Konzept Nachverdichtung

Es ist einem Konzept darzustellen, in welcher Form und unter welchen Bedingungen eine Nachverdichtung der vertragsgegenständlichen Adressen realisiert wird. Das Konzept muss sich auf folgenden Fällen beziehen:

- a) nachträgliche Errichtung von projektteilnehmenden Hausanschlüssen, die nach der Vermarktungsphase den „homes-passed“ Status erhalten.
- b) nachträgliche Errichtung von nicht-projektteilnehmenden Hausanschlüssen nach Ablauf der Bauphase.

Zu beiden Fällen sind mindestens folgende Angaben zu machen:

- Welches Nachverdichtungspotenzial wird auf Basis des Förderprojektes gesehen?
- Wie sieht der (vertriebliche, planerische, bautechnische, zeitplanerische) Prozess für einen nachträglichen Anschluss?
- Wie sieht eine Beispielrechnung zur Ermittlung von Kosten für nachträgliche Anschlüsse aus?

8.2.4. Marketing und Vertriebskonzept

Im Rahmen des Marketing- und Vertriebskonzeptes soll dargestellt werden, wie und in welcher Form die potenziellen Kunden im Ausbaugbiet informiert und angesprochen werden. Hierzu ist darzustellen, welche Maßnahmen geplant sind und wie sich diese zeitlich in die Phasen Planung, Bau und Betrieb aufgliedern. Folgende Inhalte sind in das Konzept einzubeziehen:

- Beschreibung der vorgesehenen Maßnahmen zur Erreichung einer hohen Anschlussrate;
- Darstellung des Marketing- und Vertriebsbudgets;
- Darstellung zur Einrichtung eines Vertriebsbüros im Ausbaugbiet;
Sicherstellung nachhaltiger Kundenservice.

8.2.5 Konzept zu alternativer Netztechnologien und alternativer Verlegemethoden

Mit dem Ziel einer Vergünstigung der Angebotssumme und der Beschleunigung des Ausbaus ist insbesondere die Nutzung von Eigenleistungen, alternativer Netztechnologien und alternativer Verlegemethoden (Trenching-Verfahren, Nutzung oder Bau oberirdischer Verlegung, Spülverfahren, Kabelpflugverfahren, usw.) im Rahmen der Baumaßnahme

förderfähig und mit Vorrang zu prüfen (vgl. Ziff. 6.5 Gigabit-Richtlinie 2.0). Diesbezüglich wird der Bieter gefordert folgende Angaben im Rahmen eines Konzeptes darzustellen.

- Angaben dazu, welche Verlegungsmethoden für die vorliegende Baumaßnahme zur Verfügung stehen und welche alternativen Netztechnologien genutzt werden sollen
- Angaben dazu, wie es entschieden wird welche Methoden, wann und unter welchen Voraussetzungen zum Einsatz kommen.
- Stellen sie die betroffenen Trassen dar (Karte / GIS Daten Karte /GIS-Daten, Statistik Verlegungsmethoden, Tiefbau, oberirdische Trassenführung, Sonstige);
- Angaben dazu, wie hierdurch eine Vergünstigung der Angebotssumme und eine Beschleunigung des Ausbaus realisiert werden kann.

Der Konzessionsgeber weist darauf hin, dass mit der Annahme des Angebots keine pauschale Genehmigung des Einsatzes von innovativen Verlegungsmethoden einhergeht. Die Umsetzung des Konzepts erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung durch die jeweils zuständigen Baulastträger.

8.2.6. Zeitplan und Zahlungsplan

Der Bieter hat mit dem Angebot **losweise** einen detaillierten Zeitplan zur Realisierung des gesamten Projekts – von der Zuschlagserteilung über den Baubeginn bis zur Gesamtinbetriebnahme des Gigabit-Netzes - in Kalenderwochen mit Angabe von zeitlichen Meilensteinen der einzelnen Umsetzungsphasen (Planung, Tiefbau, Inbetriebnahme) vorzulegen. Die Meilensteinplanung muss einen **Abrechnungs- und Mittelabrufplan enthalten**, aus dem quartalsgenau die Erreichung bestimmter Auszahlungsziele hervorgehen. Ebenso ist ein Zahlungsplan mit entsprechenden Auszahlungszielen vorzulegen.

Bei der Erstellung des Zeitplans ist grundsätzlich der derzeit beabsichtigte Umsetzungszeitraums gem. Ziff. 5 dieser Vergabeunterlage zu berücksichtigen. Danach ist vorgesehen, dass die Gesamtinbetriebnahme des Gigabit-Netzes bis zum **31.12.2028** erfolgen soll.

Aus diesem Grund darf der angegebene Zeitraum von dem Beginn der Tiefbauarbeiten (Zeitpunkt ab Erhalt des Zuwendungsbescheides des Bundes in finaler Höhe) bis zur

Gesamteinbetriebnahme des Breitbandnetzes 117 Kalenderwochen nicht überschreiten.

Aus dem **Abrechnungs- und Mittelabrufplan** sollen die zeitliche Struktur des Abrufs der geplanten Kosten, die vorgesehenen Mittelabrufe sowie deren Zuordnung zu Projektphasen nachvollziehbar hervorgehen. Den Bietern wird empfohlen, Mittelabrufe für materialbezogene Vorleistungen sowie für Planungsleistungen frühzeitig zu Beginn der Implementierungsphase einzuplanen, um einen zügigen Projektfortschritt zu gewährleisten. Alle Mittelabrufe sollen ausschließlich gemäß den Anforderungen des Fördermittelgebers qualifiziert erfolgen:

https://aconium.eu/wp-content/uploads/2024/07/240703_Hinweisblatt-Mittelanforderung-Infra-GFP_-Gigabit_2.0.pdf

8.2.7. Angaben zum technischen Konzept

Der Bieter hat mit seinem Angebot ein technisches Konzept **losweise** einzureichen.

Das technische Konzept muss die untenstehenden Inhalte in der hier angegebenen Reihenfolge umfassen.

8.2.7.1. Netzerrichtung

Im technischen Konzept zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur müssen Angaben zur Technik, Ausführung, Quantität, Qualität und Leistung des Netztes von Backbone-Anbindung bis zum Hausanschluss. Die Angaben müssen konform gehen zum vorgegebenen Materialkonzept in der aktuellen Fassung.

- Wie erfolgt die Zuführung, Anbindung, Ausführung und Dimensionierung der Backbone-Anbindung?
- Wie erfolgt die Zuführung, Anbindung, Ausführung und Dimensionierung des Anschlussnetzes?
- Mit welcher Netztechnologie (z.B FTTB/H) wird das Verteil- und Anschlussnetz realisiert?
- Welche Netzelemente werden genutzt bzw. neu geschaffen?
- Detaillierte Angaben zu den Netzkomponenten (Faser-, Leerrohr-, Verteilkonzept, Anzahl CO/ POP/ HVt, NVT, MFG und sonstige Verteiler, vorgesehene Muffen). Angabe der vorgesehenen Bandbreite und Technik je Anschlussart.
- Detaillierte Angaben zur Netzredundanz, insbesondere bei der Anbindung von Industriegebieten.

8.2.7.2. Betrieb und Entstörung

Der Bieter hat in Form eines kompakten Konzeptes (Umfang: 3–5 Seiten) darzustellen, mit welchen Maßnahmen und innerhalb welcher Reaktionszeiten Netzstörungen behoben werden. Die Darstellung ist präzise und nachvollziehbar zu gestalten. Mindestens auf folgende Inhalte ist einzugehen:

- Angaben zum nachhaltigen Betrieb des Netzes auf der Ebene des Anschluss- und Zuführungsnetzes
- Strategie zur schnellen Entstörung: Beschreibung der organisatorischen und technischen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Behebung von Netzstörungen (z. B. Bereitschaftszeiten, Eskalationsverfahren, Zusammenarbeit mit Tiefbauunternehmen).
- Einsatz temporärer Netzsysteme: Angaben zu bisherigen Erfahrungen mit provisorischen Lösungen (z.B. Notkabel, mobile Technik), die den Betrieb bis zur endgültigen Wiederherstellung sichern.
- Darstellung typischer Störungsszenarien: Konkrete Beispiele aus den häufigsten Schadensfällen, u. a.:
 - Tiefbau- und Fremdeinwirkungen (z.B. Kabelbeschädigung durch Baggerarbeiten)
 - Umwelt- und Alterungseinflüsse (z.B. Wassereintritt in Muffen oder Schächte, Nagetierschäden, thermische Belastungen)

Die Ausführungen sind so zu verfassen, dass sie eine nachvollziehbare Bewertung im Hinblick auf Schnelligkeit, technische Qualität und Praxistauglichkeit der Entstörungsmaßnahmen ermöglichen.

8.2.7.3. Open Access/ Zugang auf Vorleistungsebene

Es ist in Form eines kurzen Konzeptes (max. 3 Seiten) darzustellen, in welcher Form und unter welchen Bedingungen, Wettbewerbern Zugang auf Vorleistungsebenen zu der neu geschaffenen Infrastruktur (z.B. Bitstream, Entbündelung) gesichert wird.

Zusätzlich ist das Formblatt „Vorleistungspreise“ (**Anlage 15, 15a, 15b, 15c, 15d, 15e**) ist vollständig auszufüllen und losweise einzureichen. Dabei sind für alle dort genannten Zugänge indikative Angaben entsprechend der Tabelle zu machen, auch wenn für diese derzeit kein Angebot besteht. Für die indikativen Angaben sind die „Bedingungen und Preise für den

Zugang Dritter auf Vorleistungsebene zu dem geförderten Netz“ des BMDV vom 23.12.2024 (siehe Anlage 16) zu beachten, diese stellen jeweils die Höchstgrenze für die Preisangaben dar.

8.2.7.4 Netzpläne (Grobnetzplanungen)

Der Konzessionsgeber weist ausdrücklich darauf hin, dass zur Beantragung des endgültigen Zuwendungsbescheids durch die Bewilligungsbehörde die Netzpläne entsprechend den GIS-Nebenbestimmungen und dem Materialkonzept in der aktuellen Fassung abgegeben werden müssen.

Es wird dem Bieter daher empfohlen, die Netzpläne bereits mit dem ersten Angebot gemäß GIS-NB 5.1 und MK 5.0.2 vorzulegen. Im Moment der Einreichung eines finalen Angebotes ist die Abgabe der Netzpläne nach GIS-NB 5.1 und MK 5.0.2 verpflichtend (Format: Shapefile).

Folgende Datenlayer sind einzureichen:

- Bauten und Netztechnik
- Leerrohre
- Verbindungen
- Trassenbau
- Mitverleg

8.2.7.5 Kampfmittelbeseitigung

Bestandteil des technischen Konzepts ist weiterhin ein eigenständiges Konzept zur Kampfmittelbeseitigung. Dieses hat mindestens Aussagen zu enthalten über mögliches Vorgehen zur Kampfmittelvorerkundung, Berücksichtigung kampfmittelrelevanter Flächen in der Netzplanung, erwarteten Auswirkungen auf Trassenführung und Bauablauf, Einbindung in Genehmigungs- und Abstimmungsprozesse.

Während der Implementierungsphase, sollte es zu einem solchen Fall kommen, ist der Konzessionsgeber regelmäßig im Rahmen vereinbarter Besprechungstermine über den aktuellen Sachstand zu informieren, insbesondere über erkannte Risiken, notwendige Plananpassungen sowie Auswirkungen auf dem Bau- und Zeitplan.

8.2.7.6 Angaben zur Zuverlässigkeit gem. § 6 Abs. 2 Gigabit-RR

Der Bieter hat Angaben zur **Zuverlässigkeit gem. § 6 Abs. 2 Gigabit-Rahmenregelung** zu machen.

8.2.8. Angaben zu Endkundenprodukte

Gefordert wird eine Darstellung der Endkundenprodukte für Privat-, Geschäftskunden und Schulen, die zur Inbetriebnahme des Netzes angeboten werden inklusive der angebotenen Endkundenpreise. Der Bieter soll die Produkte, die er in diesem Zusammenhang jeweils anbietet, in seinem Angebot darstellen. **Die Vorgaben aus dem Muster-Produktblatt der Bundesnetzagentur nach § 1 TK-Transparenzverordnung sind dabei einzuhalten.**

Die Bieter verpflichten sich, für mindestens die Dauer der Zweckbindungsfrist bzw. Laufzeit des Vertrages dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Endkundenprodukte für Privat- und Geschäftskunden anzubieten und mit Preisangaben zu beschreiben. Die Bieter sind berechtigt, ihr Telekommunikationsangebot den aktuellen Entwicklungen der Technik und des Marktes anzupassen und die Breitbandversorgung durch vergleichbare oder technisch weiterentwickelte Produkte zu erbringen. Die angebotenen Endabnehmerpreise müssen für die Dauer der Akquisephase beibehalten und angeboten werden, es sei denn, die Preisbindung ist dem Bieter aus rechtlichen Gründen unmöglich (Regulierungen etc.). Anpassungen zugunsten der Endabnehmer in Form der Senkung der Endabnehmerpreise sind hingegen jederzeit möglich.

Die Bieter haben im Angebot mindestens drei marktgängige Endkundenprodukte darzustellen, getrennt nach den folgenden Kundengruppen:

- Privatkundinnen und -kunden mit einer Mindestbandbreite von 250 Mbit/s (Download)
- Kleine und mittlere Unternehmen mit einer Mindestbandbreite von 500 Mbit/s (Download)
- Sonstige Unternehmen mit einer Mindestbandbreite von 1.000 Mbit/s (Download)

Für jedes Produkt sind insbesondere Bandbreiten (Down-/Upload), Vertragslaufzeiten, einmalige und laufende Entgelte sowie etwaige Zusatzleistungen darzustellen.

8.2.9. Erklärung des ausgewählten Betreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen_Bund

Die Bieter haben mit dem Angebot die **Erklärung des ausgewählten Betreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen und zur Berücksichtigung vorhandener, nutzbarer Infrastrukturen _Bund (Anlage 03a)** einzureichen.

8.2.10. Erklärung des ausgewählten Betreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen_Land

Die Bieter haben mit dem Angebot die **Erklärung des ausgewählten Betreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen_Land (Anlage 03b)** einzureichen.

8.2.11. Nachunternehmereinsatz ohne Eignungsleihe

Im Falle des Nachunternehmereinsatzes ohne Eignungsleihe haben die Bieter folgende Unterlagen mit dem Angebot einzureichen.

- > Formblatt Erklärungen bei Weitervergabe von Leistungen an Nachunternehmer (**Anlage 10**);
- > Eigenerklärung, ob Ausschlussgründe gemäß § 123, § 124 GWB (**Anlage 06**);
- > Eigenerklärung Russland-Sanktionen (**Anlage 07**).

8.2.12. Nachunternehmereinsatz mit Eignungsleihe

Im Falle des Nachunternehmereinsatzes mit Eignungsleihe haben die Bieter folgende Unterlagen mit dem Angebot einzureichen.

- > Formblatt Erklärungen bei Weitervergabe von Leistungen an Nachunternehmer (**Anlage 10**);
- > Eigenerklärung, ob Ausschlussgründe gemäß § 123, § 124 GWB (**Anlage 06**);
- > Eigenerklärung Russland-Sanktionen (**Anlage 07**).

9. Wertung der Angebote

Die Bewertung der Angebote erfolgt aufgrund der folgenden Zuschlagskriterien. Der Zuschlag wird nach Maßgabe des § 127 GWB i.V.m. § 12 Abs. 2 KonzVgV i.V.m. § 58 VgV auf das unter Berücksichtigung dieser Kriterien wirtschaftlichste Angebot erteilt. Bei Punktegleichstand der wirtschaftlichsten Angebote ist das preisgünstigere zu bezuschlagen. Sollten bei punktegleichen Angeboten auch gleiche Angebote für die Wirtschaftlichkeitslücken vorliegen, entscheidet das Los.

9.1. Allgemeine Aussagen zur Angebotswertung

Der Konzessionsgeber wird die Angebote anhand der in dieser Vergabeunterlage festgelegten Zuschlagskriterien werten. Das Verfahren ist darauf ausgerichtet, dem Konzessionsgeber die Auswahl unter verschiedenen Angeboten nach Maßgabe dieser Kriterien zu ermöglichen.

9.2. Nebenangebote

Nebenangebote sind als Kombinationsangebote gemäß den Vorgaben unter Ziffer 6.6.2.4. zugelassen.

9.3. Zuschlagskriterien

Der Konzessionsgeber wird die Angebote anhand der nachfolgenden Zuschlagskriterien **losweise** bewerten. Das Verfahren ist darauf ausgerichtet, dem Konzessionsgeber die Auswahl unter verschiedenen Angeboten nach Maßgabe dieser Kriterien zu ermöglichen. Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot unter Berücksichtigung der nachfolgenden Zuschlagskriterien erteilt:

| Nr. | Bezeichnung des Zuschlagskriteriums | Gewichtung in % | Bewertung Punkte | Erreichbare Punkte | Bemerkung |
|-----|--|-----------------|------------------|--------------------|--|
| 1. | Wirtschaftlichkeit des Angebots (Größe der Wirtschaftlichkeitslücke) | 75 | 10 | 750 | Bewertungsmethode: siehe Ziffer 9.4.1. |
| 2. | Konzept Mitnutzung | 10 | 10 | 100 | Bewertungsmethode: siehe Ziffer 9.4.2. |
| 3. | Konzept Marketing | 10 | 10 | 100 | Bewertungsmethode: siehe Ziffer 9.4.3. |
| 4. | Konzept zu alternativen Netztechnologien und Verlegemethoden | 5 | 10 | 50 | Bewertungsmethode: siehe Ziffer 9.4.4. |
| | Gesamt | 100 | 10 | 1000 | |

9.4. Erläuterung Bewertungsmethoden

9.4.1. Wirtschaftlichkeit des Angebots

Die Bewertung der jeweiligen Wirtschaftlichkeitslücke (**Anlage 14, 14a, 14b, 14c, 14d, 14e**) orientiert sich an dem Angebot mit der niedrigsten Wirtschaftlichkeitslücke. Es erfolgt eine Wirtschaftlichkeitsberechnung nach dem Verhältnis der Angebote, gemessen an dem Angebot mit der niedrigsten Wirtschaftlichkeitslücke.

Die Punkteermittlung der Wirtschaftlichkeitslücken erfolgt nachfolgender Formel:

$$\text{Punkte} = \frac{\text{niedrigste Wirtschaftlichkeitslücke aller Bieter (€)}}{\text{Wirtschaftlichkeitslücke des Bieters (€)}} * 10$$

Die so ermittelte Punktzahl wird auf eine Nachkommastelle gerundet.

9.4.2. Konzept zur Mitnutzung

Das Konzept über den Einsatz von Mitnutzung bereits vorhandener Infrastruktur wird geprüft sowie die dadurch vorgesehene Kostensenkung und/oder Beschleunigung des Ausbaus. Für die Bewertung des Konzeptes wird ein ganzheitlicher Maßstab angelegt.

Maßgeblich ist die Nachvollziehbarkeit und der Detailgrad des einzureichenden Konzepts hinsichtlich der Beschreibung von Art und Umfang der vorgesehenen Mitnutzung vorhandener Infrastruktur sowie der Beschreibung der Kosten- und Zeitersparnis durch den Einsatz und/oder der Begründung, sofern und soweit eine Mitnutzung vorhandener Infrastruktur nicht vorgesehen ist. Die Punkteermittlung erfolgt nach den folgenden Kriterien:

0 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers nicht nachvollzogen werden. Es ist nicht erkennbar, dass die geforderte Leistung erbracht werden kann.

2,5 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers nicht plausibel nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die geforderte Leistung nur in geringen Teilen erbracht werden kann.

5 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers überwiegend nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die geforderte Leistung in Teilen erbracht werden kann.

7,5 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers gut nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die Leistung in großen Teilen erbracht werden kann.

10 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers sehr gut und vollständig nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die Leistung vollumfänglich erbracht und optimal umgesetzt werden kann.

Die so ermittelte Punktzahl wird mit der in der Bewertungsmatrix aufgeführten Gewichtung multipliziert.

9.4.3. Konzept Marketing

Das Marketing-Konzept wird geprüft. Für die Bewertung des Konzeptes wird ein ganzheitlicher Maßstab angelegt.

Maßgeblich ist die Nachvollziehbarkeit und der Detailgrad des einzureichenden Konzeptes hinsichtlich der Beschreibung von Art und Umfang der vorgesehenen Marketingmaßnahmen. Die Punkteermittlung erfolgt nach den folgenden Kriterien:

0 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers nicht nachvollzogen werden. Es ist nicht erkennbar, dass die geforderte Leistung erbracht werden kann.

2,5 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers nicht plausibel nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die geforderte Leistung nur in geringen Teilen erbracht werden kann.

5 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers überwiegend nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die geforderte Leistung in Teilen erbracht werden kann.

7,5 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers gut nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die Leistung in großen Teilen erbracht werden kann.

10 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers sehr gut und vollständig nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die Leistung vollumfänglich erbracht und optimal umgesetzt werden kann.

Die so ermittelte Punktzahl wird mit der in der Bewertungsmatrix aufgeführten Gewichtung multipliziert.

9.4.4. Konzept zu alternativen Netztechnologien und Verlegemethoden

Der Einsatz von alternativen Netztechnologien und der Einsatz alternativen Verlegemethoden werden geprüft sowie die dadurch vorgesehene Kostensenkung und/oder Beschleunigung des Ausbaus. Für die Bewertung der Konzepte wird ein ganzheitlicher Maßstab angelegt.

Grundlage der Bewertung sind sämtliche Netztechnologien und Verlegemethoden im Sinne der Gigabit-RL 2.0 Ziffer 6.5. Maßgeblich ist die Nachvollziehbarkeit und der Detailgrad des einzureichenden Konzepts hinsichtlich der Beschreibung von Art und Umfang der eingesetzten Technologie(n) und/oder Verlegungsmethode(n) sowie die Beschreibung der Kosten- und Zeitersparnis durch den Einsatz. Die Punkteermittlung erfolgt nach den folgenden Kriterien:

0 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers nicht nachvollzogen werden. Es ist nicht erkennbar, dass die geforderte Leistung erbracht werden kann.

2,5 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers nicht plausibel nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die geforderte Leistung nur in geringen Teilen erbracht werden kann.

5 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers überwiegend nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die geforderte Leistung in Teilen erbracht werden kann.

7,5 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers gut nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die Leistung in großen Teilen erbracht werden kann.

10 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Konzessionsgebers sehr gut und vollständig nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die Leistung vollumfänglich erbracht und optimal umgesetzt werden kann.

Die so ermittelte Punktzahl wird mit der in der Bewertungsmatrix aufgeführten Gewichtung multipliziert.

10. Anlagen

| | |
|-----------------------|--|
| Anlage 01a: | Vorläufiger Zuwendungsbescheid des Bundes nebst Anlagen vom 15.11.2024 |
| Anlage 01b: | Änderungsbescheid Bund vom 26.02.2026 |
| Anlage 01c: | Bescheid über die Zulassung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns vom 07.05.2026 |
| Anlage 02: | Richtlinie zur Kofinanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen |
| Anlage 03a: | Erklärungen des ausgewählten Betreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen und zur Berücksichtigung vorhandener, nutzbarer Infrastrukturen_Bund (Übermittlung mit der Angebotsaufforderung) |
| Anlage 03b: | Erklärung des ausgewählten Betreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen_Land (Übermittlung mit der Angebotsaufforderung) |
| Anlage 04: | Erklärung Bietergemeinschaft |
| Anlage 05: | Besondere Vertragsbedingungen des Landes NRW |
| Anlage 06: | Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123, 124 GWB |
| Anlage 07: | Eigenerklärung Russland-Sanktionen |
| Anlage 08: | Vertraulichkeitserklärung |
| Anlage 09a: | Adressliste (Übermittlung mit der Angebotsaufforderung) |
| Anlage 09b: | Shape-Dateien (Übermittlung mit der Angebotsaufforderung) |
| Anlage 10-10e: | Erklärungen bei Weitervergabe von Leistungen an Nachunternehmer (Los 1-6) (Übermittlung mit der Angebotsaufforderung) |
| Anlage 11-11e: | Verpflichtungserklärungen Nachunternehmer (Los 1-6) (Übermittlung mit der Angebotsaufforderung) |

| | |
|-----------------------|---|
| Anlage 12-12e: | Musterverträge (Los 1-6) (Übermittlung mit der Angebotsaufforderung) |
| Anlage 13: | Formblatt_Einhaltung der Mindestanforderungen (Übermittlung mit der Angebotsaufforderung) |
| Anlage 14-14e: | Formblätter_Wirtschaftlichkeitslücke (Los 1-6) (Übermittlung mit der Angebotsaufforderung) |
| Anlage 15-15e: | Formblätter_Vorleistungspreise (Los 1-6) (Übermittlung mit der Angebotsaufforderung) |
| Anlage 16: | Bedingungen und Preise für den Zugang Dritter auf Vorleistungsebene zu dem geförderten Netz“ des BMDV vom 23.12.2024 |
| Anlage 17: | Eigenerklärung Umsatz |
| Anlage 18: | Eigenerklärung Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung |